



## Evonik ohne soziale Verantwortung: 2400 Ausbildungsplätze in Gefahr

Pressemitteilung von Ulla Lötzer, 22. Oktober 2007

**Wenn Unternehmen abgebaut würden, gingen auch die damit verbundenen Wohlfahrten flöten, erklärte Evonik-Chef Werner Müller heute in einer Anhörung vor dem Wirtschaftsausschuss lapidar. Evonik sieht demnach keine Veranlassung, einen Ausgleich dafür zu schaffen, dass die Zahl der Ausbildungsplätze bei der DSK (Deutsche Steinkohle) um die Hälfte reduziert werden soll. Dazu erklärt Ulla Lötzer, nordrhein-westfälische Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE und Obfrau im Wirtschaftsausschuss:**

Durch den Börsengang werden Unternehmen geschaffen, die keine Sozialverpflichtung mehr kennen. Die Folge ist, dass im Ruhrgebiet 2400 Ausbildungsplätze auf dem Spiel stehen. Bis heute weigert sich die Landesregierung, hierzu und zum Aufbau von Ersatzarbeitsplätzen konkrete Zahlen zu nennen oder Verpflichtungen einzugehen.

Nicht zuletzt daran zeigt sich, dass es falsch war, zugunsten des Börsengangs auf eine öffentlich-rechtliche Stiftung zu verzichten. Auf der Anhörung

wurde von verschiedenen Seiten geäußert, dass die Möglichkeit einer öffentlich-rechtlichen Stiftung bestanden habe, staatlicher Einfluss aber den Preis von Evonik an der Börse geschmälert hätte.

Den Preis für den Börsengang zahlen jetzt Auszubildende und Beschäftigte, aber auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die die Ewigkeitskosten für das Ende des Bergbaus tragen werden. Eine derart dreiste Sozialisierung der Lasten bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne ist nicht hinnehmbar. DIE LINKE wird deshalb das Steinkohlefinanzierungsgesetz im Bundestag ablehnen.